Niederschrift
zur Sitzung des Ausschusses für Schule, Kultur und Sport der Schloss-Stadt Hückeswagen

Sitzungstermin:	29.10.2012
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort:	im Großen Sitzungssaal des Rathauses, Auf'm Schloß 1

An der Sitzung nahmen teil:

Vorsitzender

Reichwein, Markus	für Herrn Jörg von Polheim

Mitglieder

Bialowons, Andreas	
Endresz, Willi	für Herrn Thomas Bürger
Fink, Horst	
Kewel, Alexandra	
Kloppenburg, Jörg	
Meine, Martin	
Moritz, Frank	
Sabelek, Egbert	
Schütte, Christian	für Herrn Thomas Cosler
Verwied, Guido	

Beratende Mitglieder

Suder, Klaus-Peter Pfarrer	
Thiel, Stephan	für Herrn Jürgen Jovy, ab 19.15 Uhr

von der Verwaltung

Binder, Annette
Kirch, Michael
Ufer, Uwe Bürgermeister
Waier, Kai

Sachverständige

Alivesi, Jutta
Dickentmann, Beate
Jacobs, Ingelore
Klur, Christiane
Löwy, Jürgen
Püschel, Gerd

Es fehlten:

Vorsitzender

von Polheim, Jörg

Mitglieder

Bürger, Thomas
Cosler, Thomas

Beratende Mitglieder

Grobe, Jutta
Jovy, Jürgen

Sachverständige

Mohr, Renate
Noppenberger, Stefan

Der Vorsitzende begrüßt die Teilnehmer der Sitzung, die Besucher sowie die Vertreter der Presse.

Der form- und fristgerechte Eingang der Einladungen wird festgestellt.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Grundschulen Hückeswagen - Festlegung der Zügigkeit	**FB II/1774/2012/1**
2	Bildung eines Grundschulverbundes	**FB II/1775/2012/1**
3	Errichtung der Sekundarschule - Auflösung von Haupt- und Realschule	**FB II/1821/2012**
4	Antrag der FDP-Fraktion vom 31.08.2012 Ausbildungspakt Hückeswagen	**RB/1797/2012**
5	Mitteilungen und Anfragen	

Nichtöffentliche Sitzung

1 Mitteilungen und Anfragen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Grundschulen Hückeswagen - Festlegung der Zügigkeit
Vorlage: FB II/1774/2012/1

Zu Beginn stellt Herr Reichwein fest, dass über die Angelegenheit in den vergangenen Sitzungen des Schulausschusses, insbesondere in der Sondersitzung vom 27.8.2012 ausführlich informiert und diskutiert worden ist und nun die entsprechenden Beschlüsse gefasst werden sollten.

Herr Kloppenburg erklärt, dass er gegen den Beschluss stimmen wird, weil er der Meinung ist, dass die Eltern in ihrer Wahlfreiheit, eine Konfessionsschule zu besuchen, eingeschränkt werden.

Beschluss:
Der Ausschuss empfiehlt, gemäß § 81 Abs. 1 SchulG und § 46 Abs. 3 SchulG zum 1.8.2013 (Schuljahr 2013/14) aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen (s. Schulentwicklungsplanung vom 16.12.2011) die Anzahl der Eingangsklassen in den Grundschulen wie folgt festzulegen:
Grundschule Wiehagen – 2 Klassen
Grundschule Stadt (Kölner Straße) – 2 Klassen
Katholische Grundschule St. Katharina – 1 Klasse

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderlichen Schritte des Verwaltungsverfahrens einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:
10 Ja – Stimmen, eine Gegenstimme

zu 2 Bildung eines Grundschulverbundes
Vorlage: FB II/1775/2012/1

Herr Moritz unterstreicht, dass es sich um einen richtungsweisenden Beschluss handelt, der schon lange vorbereitet wurde und bei dem Konsens über alle Fraktionen besteht.

Herr Fink weist darauf hin, wie wichtig es ist, die Eltern über die Änderungen umfassend zu informieren. Dies wird von der Verwaltung zugesagt.

Beschluss:
Der Ausschuss empfiehlt, gemäß § 81 Abs. 2 SchulG zum 1.8.2013 (Schuljahr 2013/14) einen dreizügigen Grundschulverbund aus der Gemeinschaftsgrundschule Stadt (2 Züge) und der Katholischen Grundschule St. Katharina (KGS) (ein Zug) im Wege der Änderung zu gründen. Die KGS wird aufgelöst und als Teilstandort dem Verbund angeschlossen.
Standorte werden zunächst die bisherigen Schulstandorte in der Kölner Str.

bleiben.
Sobald das bisherige Hauptschulgebäude nicht mehr genutzt wird und eine entsprechende Sanierung / Umbau stattgefunden hat, wird der Grundschulverbund komplett in das Gebäude Weststr. 41 umziehen.

Die derzeit an der KGS gebildeten Klassen bleiben in ihrer Zügigkeit erhalten und werden bis zum Ende der Grundschulzeit weitergeführt.
Die Schule führt zunächst den Namen „Grundschulverbund Hückeswagen (Gemeinschaftsgrundschule und Katholische Grundschule als Teilstandort)“.
Den Grundschulen wird die Möglichkeit gegeben, dem Rat einen Entscheidungsvorschlag für einen neuen Schulnamen vorzulegen.

Die Verwaltung wird beauftragt, die erforderliche Genehmigung bei der oberen Schulaufsichtsbehörde zu beantragen (§ 81 Abs. 3 SchulG).

Abstimmungsergebnis:
10 Ja-Stimmen, eine Enthaltung

zu 3 Errichtung der Sekundarschule
- Auflösung von Haupt- und Realschule
Vorlage: FB II/1821/2012

Herr Sabelek betont, dass zukünftig Haupt- und Realschule nicht genauso weitergeführt werden können wie bisher, falls die Sekundarschule nicht eingerichtet wird. Es ist nach seiner Auffassung vielmehr dann zu erwarten, dass beide in ihrem Bestand gefährdet wären und deshalb müssen die Stadt und die Schulleitungen alles tun, damit die Sekundarschule eine Erfolgsgeschichte wird

Im Nachgang zu dem einstimmigen Beschluss bedankt sich Herr Ufer für die konstruktive Zusammenarbeit aller Beteiligten, vor allem bei den Lehrerinnen und Lehrern. Mit Blick auf die umliegenden Kommunen ist es nicht selbstverständlich, dass ein solcher Umbruch in der Schullandschaft so zielorientiert für das Wohl der Kinder abläuft.

Beschluss:
Der Ausschuss empfiehlt:
a) gemäß § 81 Abs. 2 SchulG zum 1.8.2014 (Schuljahr 2014/15) eine dreizügige Sekundarschule im Gebäude der jetzigen Realschule – Kölner Str. 53 – zu gründen.
Die Sekundarschule soll in kooperativer Organisationsform und als Ganztagsschule errichtet werden.
Grundlage der Entscheidung ist der am 16.12.2011 vom Rat beschlossene Schulentwicklungsplan und die aktualisierten Geburten- und Schülerzahlen.

b) Vorbehaltlich des Zustandekommens der Sekundarschule (Erreichen der erforderlichen Anmeldezahl von 75 Kindern im Frühjahr 2014), wird die Hauptschule sukzessive auslaufen und schließlich aufgelöst. Die Schulkonferenz der Schule hat hierzu eine positive Stellungnahme abgegeben.

c) Vorbehaltlich des Zustandekommens der Sekundarschule (Erreichen der er-

forderlichen Anmeldezahl von 75 Kindern im Frühjahr 2014), wird die Realschule sukzessive auslaufen und schließlich aufgelöst. Die Schulkonferenz der Schule hat hierzu eine positive Stellungnahme abgegeben.

Die Verwaltung wird beauftragt, die weiteren Verfahrensschritte einzuleiten (u.a. Bedürfnisprüfung, Beteiligungsverfahren, Sicherstellung der Räumlichen Unterbringung) und die für die Punkte a – c erforderlichen Anträge bei der Bezirksregierung und dem Schulministerium zu stellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 4 Antrag der FDP-Fraktion vom 31.08.2012
Ausbildungspakt Hückeswagen
Vorlage: RB/1797/2012

Herr Kloppenburg erläutert den Hintergrund des Antrages auf einen Ausbildungspakt. Der Antrag sollte keine Kritik an der Hauptschule darstellen, es ist bekannt, dass dort gute Arbeit geleistet wird. Die FDP ist jedoch der Ansicht, dass noch mehr möglich ist.
Durch den Pakt soll eine Perspektive für Schüler eröffnet werden und gleichzeitig das heimische Gewerbe gefördert und ein Wettbewerbsvorteil für die Schulen geschaffen werden.

Herr Püschel erklärt, dass der Antrag für ihn nichts Neues enthält, bereits jetzt gibt es viele Kontakte zu den Firmen. Ihn stören vor allem die genannten Voraussetzungen, die die Schüler erfüllen sollen, denn diese Schüler haben keine Probleme, einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Vor allem in der heutigen Zeit, in der es viele Ausbildungsplätze gibt, die nicht besetzt werden können.

Herr Fink rät der FDP, den Antrag zurückzuziehen, da der Antrag nicht nach Hückeswagen passt. Sinnvoller wäre es, die schlechten Schüler zu fördern. Zurzeit drehen viele eine Schleife in den Berufskollegs, bis sie einen Ausbildungsplatz finden.

Auch aus Sicht der CDU sollte der Antrag zurückgezogen werden, die Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen kann auch formlos erfolgen.

Herr Ufer würdigt das positive Ziel des Antrages, Kinder bzw. Jugendliche bei der Suche nach Ausbildungsplätzen zu unterstützen. Er schlägt vor, den Kontakt zwischen den Schulen und Unternehmern zu intensivieren, indem Herr Püschel und Frau Klur bei einem Treffen der Hückeswagener Unternehmer Initiative (HUI) die Thematik aus Sicht ihrer Schulen vorstellen.

Unter der Voraussetzung, dass die FDP den Antrag zurückzieht, unterstützen die Parteien die Kontaktaufnahme und verstärkte Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und den weiterführenden Schulen.

Beschluss:
Die FDP zieht den Antrag auf einen Ausbildungspakt zurück.

Die Stadt stellt den Kontakt zwischen dem Unternehmerforum HUI und den weiterführenden Schulen her, um den Schülern noch bessere Chancen auf einen qualifizierten Ausbildungsplatz zu verschaffen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 5 Mitteilungen und Anfragen

Es liegen weder Mitteilungen noch Anfragen vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 05.11.2012

Markus Reichwein	Annette Binder Schriftführerin

Kenntnis genommen:

Bürgermeister o.V.i.A.